

EINLADUNG



Ausschuss Ordnungspolitik, Grundsatzfragen

Kongressreihe „Soziale Marktwirtschaft: Wohin treibt Deutschland? Konzepte für Freiheit und Wohlstand“

Prof. em. Dr. Dietrich Murswiek

Emeritierter Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht, deutsches und internationales Umweltrecht an der Universität Freiburg

Klimaschutz und Grundgesetz. Wozu verpflichtet das „Staatsziel Umweltschutz“?

Dienstag, 22. Oktober 2019, 18.00 Uhr,

Hotel Bayerischer Hof, Promenadeplatz 6, München

(Den Tagungsraum entnehmen Sie bitte den Hinweisschildern vor Ort.)

Der Klimaschutz ist ins Zentrum der Politik gelangt. Sollte er, weil er als so wichtig gilt, auch ins Grundgesetz aufgenommen werden? Oder verpflichtet schon das geltende Grundgesetz die Politik zu Klimaschutz? Und wenn ja – was bedeutet das? Lassen sich der Verfassung konkrete Handlungsanweisungen für die Politik zur Regulierung von Treibhausgasemissionen entnehmen? Und wie verhält sich der Klimaschutz zum Umweltschutz?

Der Vortrag zeigt, dass Klimaschutz nicht als Gegensatz zum Umweltschutz, sondern als besondere Ausprägung des Umweltschutzes verstanden werden muss. Es geht um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu ist der Staat gemäß Artikel 20a des Grundgesetzes verpflichtet. Deshalb dürfen für den Klimaschutz keine Mittel eingesetzt werden, die die Umwelt mehr schädigen als dass sie Schäden von der Umwelt abwenden. Unter diesem Aspekt widmet sich der Vortrag insbesondere der Windenergie, die im Konflikt steht, einerseits dem Klimaschutz zu dienen, andererseits aber gravierende Umweltschäden – insbesondere in Waldgebieten – hervorruft.

Findet dieses Staatsziel, die ihm gebührende Berücksichtigung im staatlichen Handeln?

Im Anschluss an den Vortrag bietet sich Gelegenheit zur Diskussion.

Bitte melden Sie sich bis spätestens 15. Oktober 2019 über unsere Internetseite unter folgendem Link <https://www.wbu.de/termine/aktuelle-veranstaltungen/> an. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. **Wir bitten jeden Teilnehmer um gesonderte namentliche Anmeldung.** Sollten Sie Ihre bereits erteilte Zusage nicht einhalten können, teilen Sie uns dies bitte mit. Sie erleichtern uns damit die Organisation ganz wesentlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jürgen F. Kammer

Vorsitzender Ausschuss Ordnungspolitik, Grundsatzfragen

